



Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nachbestellungsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seiger Straße 52, IV., Volkshaus
Telefon: 2503.

Anzeigen an Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einseitige
Reizzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7523 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 35.

Sonnabend, den 31. August 1918.

22. Jahrgang.

Die „Kriegslöhne“ der Stein- arbeiter.

Wir haben noch nicht gehört, daß während des Krieges auf die hohen Löhne der Steinarbeiter verwiesen wurde. In keinem bürgerlichen Blatte haben wir eine derartige Notiz gefunden. Allerdings in feindindustriellen Gegenden schreiben die vorhandenen Amtsblätter (wie überall), daß die Arbeiter sehr hohe Löhne einstecken, aber noch niemals erwähnte sich ein Blatt, auf die etwaigen hohen Löhne der Steinarbeiter speziell Bezug zu nehmen.

Ueber die Lohnhöhe in der Steinindustrie sei nun zur allgemeinen Beurteilung auf die Ziffern verwiesen, welche dem Geschäftsbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1917 entnommen sind und folgendermaßen lauten:

Jahr	Jahresdurchschnittslohn
1913	1188 M.
1914	1167 "
1915	1193 "
1916	1311 "
1917	1467 "

Der Durchschnittslohn vom Jahre 1917 ist gegenüber dem Jahre 1914 somit genau um 300 M. gestiegen. Rechnen wir für die Steinindustrie 280 Arbeitstage im Jahre, so ergibt sich, daß sich der Tagesverdienst um 107 Pf. erhöht hat. Gewöhnlich ist in Orten wie Berlin, Bremen, Dresden, München, Köln, Kassel usw. die Steigerung eine größere, aber für die ländlichen Distrikte ist die berufsgenossenschaftliche Statistik vollständig zuverlässig.

Wenn ferner in einigen Spezialgruppen höhere Durchschnittslöhne erreicht wurden, als wie die berufsgenossenschaftlichen Ziffern erkennen lassen, so verdienen die Hilfsarbeiter eben sehr häufig unter dem Durchschnittslohn. Um nun vollends ein übersichtliches Bild über die Löhne in den einzelnen Sektionen der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft zu geben, seien folgende amtliche Zahlen vorgeführt:

Es betragen die Jahresdurchschnitts- Löhne in den Sektionen:	1914	1915	1916	1917	Veränderung gegen 1914
I Bayern, rechtsrheinisch	1018	1037	1156	1336	4.45
II Baden, Württemberg, Hessen	1219	1299	1402	1609	5.36
III Elb-Lothringen, Pfalz, Hessen	1183	1264	1396	1608	5.36
IV Rheinprovinz, Westfalen	1292	1346	1502	1676	5.55
V Niedersachsen, Hessen-Nassau	1287	1303	1473	1550	5.23
VI Preuss. Sachsen, Anhalt, Thüringen	1111	1088	1181	1447	4.82
VII Königreich Sachsen	1121	1139	1236	1324	4.41
VIII Schlesien	1001	958	1034	1115	3.73
IX Hannover, Oldenburg, Braunschweig	1208	1256	1347	1453	4.84
X Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg	1170	1219	1347	1512	5.04

Die Ziffern lassen ohne weiteres erkennen, daß die Löhne in der Steinindustrie sehr verbesserungsbedürftig sind. Daraus geht nun auch hervor, warum man in der Öffentlichkeit mit den Steinarbeiterlöhnen nicht einmal den Versuch machen kann, renommierten zu können. — Wenn die organisierten Steinarbeiter bei der 4. Teuerungszulagenbewegung nun den Antrag stellen, daß die Zulagen um weitere 30 Prozent in 2 Staffeln erhöht werden, so ist ein solches Verlangen eigentlich noch als bescheiden zu nennen. Die von uns angeführten Ziffern können nicht etwa als beweislos hingestellt werden, es handelt sich doch um Lohnergebnisse, die von den Unternehmern selbst aufgestellt werden. — Gerade aus den Lohnausweisungen der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft geht hervor, wie verbesserungsbedürftig die Löhne unserer Kollegen sind. Die Zahlstellenverwaltungen haben deshalb alle Kräfte aufzubieten, damit die 4. Teuerungszulagenbewegung mit aller Energie durchgeführt wird.

Der Einstellungszwang für Kriegs- beschädigte und die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben es von vornherein an Bemühungen nicht fehlen lassen, für die Wiedereinführung der Kriegsbeschädigten in das Erwerbsleben im allgemeinen und für die ihrer Berufscollegen im besonderen Sorge zu treffen. Wo es ihnen irgend möglich war, haben sich die Gewerkschaften durch ihre Vertreter als Beistützer und Berufsberater an den Arbeiten der Kriegsbeschädigtenfürsorge beteiligt. Bei der buntschichtigen Organisation dieser Fürsorge und bei in amtlichen und auch bürgerlichen Kreisen noch vielfach herrschenden Vorurteilen gegen die freien Gewerkschaften ist jedoch ihre Vertretung recht verständig, als auch ihr Einfluß mehr oder weniger merklich. An vielen Orten sind die Gewerkschaften heute noch ohne Vertretung in der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder ihre Vertretung besteht nur auf dem Papier.

Einer Reihe von Gewerkschaften, vorab solchen, die mit den Arbeitgebern ihres Berufes ertliche Tarifverträge oder einen Tarifstarif abgeschlossen haben, war es möglich, im Rahmen des Tarifvertrages oder aber durch Schaffung sogenannter Arbeitsgemeinschaften für die kriegsbeschädigten Arbeiter ihres Berufes nützliche Vereinbarungen zu treffen. Da jedoch auch der Krieg die Vertreter des nackten Herrenhandpunktes unter den Unternehmern, die von irgendeiner Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Lohnfrage nichts wissen wollen, nicht zu einem demokratischeren Standpunkt befehrt hat, selbst nicht zugunsten

der Kriegsbeschädigten, mußten die Arbeitsgemeinschaften leider auf einen verhältnismäßig geringen Teil der Gewerbe und Industrien beschränkt bleiben.

Die Gewerkschaften, die ja schon in ihrer bloßen Existenz grundsätzlich der Auffassung widersprechen, als könnten die Arbeitnehmer sich auf das Wohlwollen der Unternehmer verlassen, können auch die Kriegsbeschädigten unmöglich dem guten Willen gerade derjenigen Unternehmer überlassen, die den guten Willen zur Verständigung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Arbeitnehmern bisher immer noch vermissen ließen. Den Gewerkschaften muß ganz besonders daran gelegen sein, daß alle auch nur noch teilweise arbeitsfähige Kriegsbeschädigte nach dem Kriege dauernd in Arbeit untergebracht werden, weiter aber, daß die kriegsbeschädigten Arbeiter und Angestellten möglichst wieder wie zuvor auf die einzelnen Gewerbe und Industrien verteilt werden. Jeder Kriegsbeschädigte soll möglichst wieder seiner früheren oder aber einer verwandten Tätigkeit zugeführt werden, soweit er noch dazu befähigt ist. Einmal, damit die Kosten, die sich aus dem Nebeneinander- und Hand-in-Hand-Arbeiten der unbeschädigten mit den kriegsbeschädigten Arbeitern für erstere ergeben, gleichmäßig verteilt werden, weiter aber, damit nicht Kriegsbeschädigte in einzelnen Berufen und Betrieben vorzugsweise als billige und willige Arbeitskräfte beschäftigt und als Lohnrücker in irgendeiner Weise mißbraucht werden.

Die restlose Unterbringung der Kriegsbeschädigten und ihre Verteilung auf alle Berufe und Betriebe kann jedoch nur durch eine gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer erreicht werden, auch Kriegsbeschädigte zu beschäftigen, durch den Einstellungszwang. Würden die Kriegsbeschädigten lediglich auf den jetzt viel zitierten guten Willen der Arbeitgeber angewiesen sein, dann müßte ein großer Teil von ihnen ständig arbeitslos bleiben. Denn die Zahl der Unternehmer, die diesen guten Willen bisher tatsächlich befundenen, und zwar teilweise in recht anerkanntem Maße, weniger nach Zahl als nach Art der Unterbringung, ist verhältnismäßig noch ziemlich gering. Als Mitglieder der Gewerkschaften haben auch die Kriegsbeschädigten einen gewissen Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung. Der Gedanke, sie etwa — soweit sie nicht gänzlich erwerbsunfähig sind — als Mitglieder zweiter Klasse zu behandeln, ihnen bei geringeren Beitragsleistungen geringere Unterstützungsansprüche einzuräumen, sie von der Erwerbslosenunterstützung auszuschließen, wird wohl in keiner Gewerkschaft aufkommen können. Würden aber die kriegsbeschädigten Verbandmitglieder allen befördernden Nachteilen und Schwankungen des Arbeitsmarktes ausgesetzt sein, dann bedeutete dies außer all den sonstigen schädlichen Folgen, für die Unterbringungsbedingungen der Gewerkschaften eine solche Belastung, daß diese Einrichtungen nur durch bedeutende Beitragserhöhungen aufrechterhalten werden könnten, ohne doch der Not der Kriegsbeschädigten wirksam zu steuern. Die Erwerbslosenunterstützung hat wohl den Zweck, den Mitgliedern bei vorübergehender Arbeitslosigkeit das Durchhalten zu erleichtern, sie nicht in die Zwangslage kommen zu lassen, um jeden Preis ihre Arbeitskraft anzubieten, ohne Rücksicht auf die geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, doch ist sie nicht Selbstzweck. Sie wird auch den kriegsbeschädigten Mitgliedern im Bedarfsfalle gewährt werden, nachdem durch den Einstellungszwang die Voraussetzung geschaffen ist, daß auch die Kriegsbeschädigten eingestellt werden müssen und nicht bei der Auswahl der Arbeitskräfte beiseite geschoben, zurückgemieden werden.

Damit sind die wichtigsten, rein gewerkschaftlichen Gründe für den Einstellungszwang allgem. Natur. Natürlich kommt für dessen Förderung in erster Linie das Allgemeininteresse der Gewerkschaften an der Lebenshaltung und der Existenzsicherheit der Arbeiterklasse und der Kriegsbeschädigten als einem Teil derselben in Frage, der eines besonderen Schutzes bedarf, nachdem er zum Schutze des Reiches Gesundheit und Gliedmaßen geopfert hat. Mit dem Beschluß der Konferenz der Vertreter der Verbandsoorkomitee am 25. und 26. März dieses Jahres, den Einstellungszwang zugunsten der schwer und schwerer kriegsbeschädigten Arbeiter und Angestellten zu fordern, sind deshalb zweifellos sämtliche Gewerkschaftsmitglieder einverstanden.

Arbeiterkonservatismus.

Unter konservativ verstehen wir gemeinhin das Bestreben, am Alten, am Bestehenden festzuhalten und sich jeder Neuerung entgegenzusetzen. Im politischen Leben sind es vornehmlich die Jung- und Weisenden, deren Wesen konservativ gerichtet ist, denn ihnen gefallen die derzeitigen Zustände, sie sind die bevorzugten Nutznießer der heutigen Verhältnisse und möchten diese nur in dem Sinne geändert wissen, daß sie nach rückwärts revidiert werden und sich wieder mehr den mittelalterlichen Zuständen nähern, die den Junkern noch größere Vorrechte als heute gewährten.

Vom Standpunkte der Jung- und Junggenossen ist deren konservativ-Geistesrichtung verständlich. Diese Herrenmenschen sind das Herrschen gewöhnt und scheuen sich mit der ganzen Gewalt ihrer egoistischen Klassenvorurteile gegen jede Neuerung, die einer freieren Geistesrichtung, einer demokratischeren Auffassung und dem Wohle der Gesamtheit Bahn zu brechen geeignet wäre. Sie wollen die Herrenrolle, die den vornehmlichen Nutznießer der Erdengüter bleiben. Das ist ungerecht, egoistisch und dem Gesamtwohl zuwider, aber vom Standpunkte des Junkers aus betrachtet verständlich. Nicht verständlich aber ist es, wenn Arbeiter, die man am liebsten mit brutalster Gewalt in Unbildung und Untertanentum erhalten möchte, die keinerlei Interesse an den heutigen ungerechten Zuständen haben können, die bei geringem Lohn schwer arbeiten müssen, um nur des ärmlichsten Lebens Nothdurft zu stillen, gleichfalls konservativ denken und handeln. Ja, es kann ruhig ausgesprochen werden, daß das nicht nur bei einer geringen Anzahl Arbeiter der Fall ist, sondern daß heute noch die große Mehrheit der Arbeiterklasse diesem unseligen konservativen Hang huldigt und sich dem Befehl des Beherrschungszustandes, dem jeder tote Gegenstand ohne weiteres unterworfen ist, kampflös und kopflös unterordnet.

Dieser unselige Hang zum Arbeiterkonservatismus: Ach, von den völlig unaufgeklärten Arbeitern im Hinterlande wollen wir ja gar nicht reden. Die glauben noch an die gottgewollte Ordnung und stehen noch ganz unter dem Einfluß der Junker und deren Handlanger, die bemüht sind, jeden Hauch der Aufklärung sorgfältig von ihnen fernzuhalten. So trotten sie gleich ihren Vätern zur Wühle und sind froh, wenn ihnen zur Abung Distelköpfe gereicht werden. Aber wie steht es denn mit den Arbeitern der mittleren oder großen Städte, die tagtäglich vor dem Auge des modernen Fortschritts umweht werden, mit den Industriearbeitern, deren Aufklärung in Wort und Schrift andauernd bei jeder Gelegenheit betrieben wird?

Wie großstädtische Arbeiter wissen gar nicht, wie tief sie noch im Moraste des Arbeiterkonservatismus einherwaten. O ja, man hat sich einige modern demokratische Schlagworte zugelegt und hält sich für fortgeschritten, wie gelacht und mundet wie aufgeklärt. Man kennt alles und weiß alles. Und mit kritisch gefalteter Stirn entsetzt so mancher dieser

„aufgeklärten“ Geistesstrategen in der Straßenbahn kein Leib- und Magenblatt und siehe da: Entgegen grinst uns irgend ein bürgerliches Schockblatt, das vorn den Arbeiterstand ein schmeichelhaftes Kompliment und hinten darauf aufmerksam macht, daß sich die Arbeiter nichts einbilden mögen, denn sie gehörten auch in den heutigen Zeitaltern immer noch zur misera plebs, und jeder Streik sei ein rebellhaftes Aufbäumen wider Obrigkeit und Gütigkeit. Die Begehrlichkeit sei eine gottlose Untugend, jeder solle getrieben, was ihm Gott beschieden, und gern entbehren, was er nicht habe. Diese Belehrungen gehen dem Leser natürlich wider den Strich und er rätorniert weidlich über die Zeitungsmenschen, die derlei Kost „aufgeklärter Reuten“ vorsetzen. Aber sagt ihm, daß er nunmehr die Nutzenanwendung ziehen, das Blatt abstellen und ein echtes und reiches Arbeiter-Blatt abonnieren solle. Er wird euch ganz verdutzt anschauen, denn was diese nahegelegende Idee ist er denn doch nicht verfallen.

Der Arbeiter stellt — so bedauerlich das ist — das Blatt seiner wirtschaftlichen und politischen Gegner. Erst eine Minorität des proletariats hat mit diesem verrätten, konservativen Schandrian gebrochen und liest das Blatt, das seine Interessen vertritt. Gerade in dieser Richtung könnte der Arbeiter vom Bestehenden dieses lernen. Wo hält von denen einer ein Arbeiterblatt! Nirgends, außer dort, wo es zur Orientierung gebraucht wird, oder wo einige bürgerliche Menschenfreunde hausen. Da ist Konsequenz in der Auffassung vorhanden, beim Arbeiter fehlt sie jedoch noch in den meisten Fällen.

Das ist nur ein Beispiel vom Arbeiterkonservatismus. Es gibt ihrer ja außerdem noch so viele. Hört die Arbeiter rätornieren über die politischen Zustände! O, sie sind ja so aufgeklärt und kennen die Verhältnisse und wissen sehr gut, was Geistes Kinder die Konservativen sind. Daß auch sie konservativ seien, diesen Vorwurf würden sie mit stammer Entrüstung zurückweisen. Aber fragt sie einmal, ob sie denn nun auch gemäß ihrer soeben geäußerten Anschauung politisch organisiert seien, denn nur durch die Organisation läßt sich doch ein solcher Geistes- und Interessenkampf wirksam und erfolgreich ausstragen. Verständnislos werden sie euch dann vielfach anstarrten und schließlich verlegen heroorstottern, daß das ja „auch so gehe“. Den Beweis für ihre Auffassung müssen sie euch natürlich schuldig bleiben, denn mit dem Schimpfen auf den Gegner ist nicht getan.

Und wie seufzen die Arbeiter oft über die Teuerung, über die niedrigen Löhne, über die lange Arbeitszeit! Und dabei bringt ihnen der Bote alltäglich ein Blatt ins Haus, worin über die „hohen Löhne“ der Arbeiter weidlich rätorniert wird! Und an ihre vornehmste Pflicht, sich mit den Arbeitsgenossen in der Gewerkschaft zu vereinigen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, daran haben sie noch nie in ernsthaftester Weise gedacht! Und auch hier wieder zeigt ihnen jeder andere Stand das treffende Beispiel: Vom Groß- bis zum Hausarbeiter, vom Schlotbaron bis zum Kohlenhändler und Kleinträger ist mächtig organisiert in seiner wirtschaftlichen Interessenvertretung, nur die große Mehrheit der Arbeiter hat diese Notwendigkeit immer noch nicht begriffen und trotzt im konservativen Schandrian einher, wie ihre ehrwürdigen Ahnherren in der Wiedermeierzeit im Schlepptau der bürgerlichen Parteien.

O ja, der Konservatismus ist bei den Arbeitern noch sehr stark vertreten. Gewiß, es ist unseren fortgeschritten Bemühungen gelungen, in diesen Beherrschungszustand Breche zu schießen und Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Organisation anzuhalten und zum Leben der Arbeiterklasse zu erheitern. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Mehrheit der Arbeiter noch heute die bürgerliche Presse liest und unterstützt und weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert ist. Uns erwächst aus dieser Tatsache die ernste Pflicht, in jeder Weise diesen unnatürlichen, diesen konträr wunderlichen Zustand zu bekämpfen, indem wir mit allen Mitteln der Aufklärung zum Eintritt in die Organisation und zum Leben der Arbeiterklasse auffordern. Für jeden wahrhaft aufgeklärten Arbeiter ist es ein öffentliches Vergehen, wenn er sehen muß, wie seinesgleichen die eigenen Interessen auf die genannte Weise unter die Füße nimmt. Das erregt Schmerz und Ärger zugleich und nur der verhöhnende Spott vermag die Bitternis etwas zu lindern. Doch sorgen wir dafür, daß weder Spott noch Schmerz oder Ärger nötig sind. Sorgen wir immer mehr für wahre Aufklärung, daß der Konservatismus der Arbeiter verschwinde und allen Gebieten des öffentlichen Lebens als unbedingte Pflicht in Fleisch und Blut übergehe!

Fort mit dem Festhalten am Althergebrachten, fort mit jeder jämmerlichen Gedankenlosigkeit und dem Schandrian des Arbeiterkonservatismus! Bekämpfen wir den Konservatismus nicht nur beim Gegner, bekämpfen wir ihn vor allem auch beim Arbeiter! Seine Befreiung ist die Grundbedingung unseres Aufstiegs. Denn wer fremde Fesseln zerbrechen will, darf nicht sein eigener Sklave sein!

Zur 4. Teuerungszulagenbewegung.

Am 21. August fanden in Dresden Verhandlungen über weitere Teuerungszulagen für die Sandsteinarbeiter des Königreichs Sachsen statt.

Die Begründung der neuen Forderungen wurde von den Herren Unternehmern ohne weiteres anerkannt. Sie gaben zu, daß sich seit einem halben Jahre die Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände bedeutend verteuert hätten.

Eine Einigung der Vorschläge kam auf folgender Grundlage zum Abschluß:

Ab 2. September herab die Zulage für Akkordarbeiten von 50 auf 60 Prozent, ab 4. November auf 70 Prozent. Bisher bestand eine jährliche Abzinsung, welche besagte, daß die Zulage von 50 Prozent nur zur Berechnung kam bis zu einem Wochenverdienst von 50 Mark. Wurden 60 Mark verdient, dann kam die Zulage von 50 Prozent nur auf 50 Mark in Anwendung. Der Wochenlohn wurde ebenfalls in 2 Staffeln um insgesamt 20 Prozent erhöht. Der Stundenlohn stellt sich ab 2. September auf 1.45 M. und 1.33 M., ab 4. November tritt eine Steigerung auf 1.53 M. resp. 1.62 M. ein. In der Verhandlung machte Kollege W. a. L. H. darauf aufmerksam, daß sich leider die Grundindustriellen der Sächsisch-Burgener Gebiets bezüglich der Teuerungszulagen in gemeinschaftlichen Verhandlungen für ganz Sachsen, nicht bereden lassen. Es wird Aufgabe der Kollegen in jenen Gebieten sein diesen Widerstand zu brechen. — Für die Sandsteinarbeiter betragen somit die Zulagen nach dem 4. November 70 Prozent im Akkord und 50 Prozent im Stundenlohn.

